

Bürger AG für regionales und nachhaltiges Wirtschaften
Frankfurt am Main

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses
für das Geschäftsjahr vom
1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017

Inhaltsverzeichnis

1.	Prüfungsauftrag	1
2.	Grundsätzliche Feststellungen	3
2.1	Lage des Unternehmens	3
2.1.1	Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	3
3.	Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	4
3.1	Gegenstand der Prüfung	4
3.2	Art und Umfang der Prüfungsdurchführung	4
4.	Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	6
4.1	Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	6
4.1.1	Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	6
4.1.2	Jahresabschluss	6
4.2	Gesamtaussage des Jahresabschlusses	6
4.2.1	Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	6
4.2.2	Wesentliche Bewertungsgrundlagen	7
4.2.3	Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	7
4.2.4	Aufgliederungen und Erläuterungen	8
4.3	Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	8
4.3.1	Vermögenslage und Kapitalstruktur	8
4.3.2	Finanzlage	10
4.3.3	Ertragslage	11
5.	Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrages	13
6.	Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung	14

Anlagenverzeichnis

Anlage 1	Bilanz zum 31. Dezember 2017	17
Anlage 2	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2017 bis 31.12.2017	19
Anlage 3	Anhang	21
Anlage 4	Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2017	23
Anlage 5	Rechtliche Verhältnisse	25
Anlage 6	Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017	27

1. Prüfungsauftrag

Mein nachstehend erstatteter Bericht über die freiwillige Prüfung des Jahresabschlusses der Bürger AG für regionales und nachhaltiges Wirtschaften zum 31. Dezember 2017 ist an das geprüfte Unternehmen gerichtet.

In der Hauptversammlung vom 24.8.2016 der

Bürger AG für regionales und nachhaltiges Wirtschaften,
Frankfurt am Main

(im Folgenden auch "Bürger AG Frankfurt" oder "Gesellschaft" genannt) wurde ich auf Vorschlag des Aufsichtsrats und in Anwendung von § 318 Abs. 1 Satz 1 HGB, § 119 Abs. 1 Nr. 4 AktG und § 124 Abs. 3 Satz 1 AktG zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 gewählt. Daraufhin beauftragte mich der Vorstand der Gesellschaft, den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 freiwillig in entsprechender Anwendung der §§ 316 und 317 HGB zu prüfen.

Die Gesellschaft ist nach den in § 267a Abs. 1 HGB bezeichneten Größenmerkmalen als Kleinstkapitalgesellschaft einzustufen und daher nicht prüfungspflichtig gemäß §§ 316 ff. i.V.m. § 267a Abs. 2 HGB.

Ich bestätige gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass ich bei meiner Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet habe.

Dem mir erteilten Prüfungsauftrag standen keine Ausschlussgründe nach §§ 319, 319a, 319b HGB, §§ 49 und 53 WPO sowie §§ 28 ff. meiner Berufssatzung entgegen.

Ich habe die Prüfung im Monat Juni 2018 in unseren Geschäftsräumen durchgeführt. Die Schlussbearbeitung des Auftrags erfolgte in unseren Geschäftsräumen.

Alle von mir erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden erteilt. Der Vorstand hat mir die Vollständigkeit des Jahresabschlusses am 22. Juni 2018 schriftlich bestätigt.

Art und Umfang meiner Prüfungshandlungen habe ich in meinen Arbeitspapieren festgehalten.

Über das Ergebnis meiner Prüfungshandlungen erstatte ich den nachfolgenden Bericht.

Meinem Bericht habe ich den geprüften Jahresabschluss 2017, bestehend aus Bilanz (Anlage 1), Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) und Anhang (Anlage 3) beigelegt.

Die rechtlichen Verhältnisse habe ich in der Anlage 5 dargestellt.

Ich habe diesen Prüfungsbericht nach dem Prüfungsstandard PS 450 "Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen" des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW), Düsseldorf erstellt.

Meinem Auftrag liegen die als Anlage 6 beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1.1.2017 zu Grunde. Die Höhe meiner Haftung bestimmt sich nach Nr. 9 Abs. 2 der Allgemeinen Auftragsbedingungen. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend.

2. Grundsätzliche Feststellungen

2.1 Lage des Unternehmens

2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

Der Vorstand hat zulässigerweise keinen Lagebericht aufgestellt. Deshalb war mir eine Stellungnahme zur Beurteilung der Lage durch den Vorstand nach § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB unter Bezugnahme auf den Lagebericht nicht möglich. Es war auch nicht meine Aufgabe als Abschlussprüfer, diese Angaben anstelle der gesetzlichen Vertreter ersatzweise im Prüfungsbericht zu machen.

3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

3.1 Gegenstand der Prüfung

Im Rahmen des mir erteilten Auftrags habe ich gemäß § 317 HGB die Buchführung und den nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften geprüft.

Die gesetzlichen Vertreter tragen die Verantwortung für die Rechnungslegung und die gegenüber mir als Abschlussprüfer gemachten Angaben. Meine Aufgabe als Abschlussprüfer ist es, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen meiner pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben meiner Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss ergeben.

Eine besondere Prüfung zur Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten im Geld- und Leistungsverkehr (Unterschlagungsprüfung) war nicht Gegenstand der Abschlussprüfung. Im Verlaufe meiner Tätigkeit ergaben sich auch keine Anhaltspunkte, die besondere Untersuchungen in dieser Hinsicht erforderlich gemacht hätten.

3.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

Art und Umfang der beim vorliegenden Auftrag erforderlichen Prüfungshandlungen habe ich im Rahmen meiner Eigenverantwortlichkeit nach pflichtgemäßem Ermessen bestimmt, das durch gesetzliche Regelungen und Verordnungen, IDW Prüfungsstandards sowie ggf. erweiternde Bedingungen für den Auftrag und die jeweiligen Berichtspflichten begrenzt wird.

Ich habe meine Jahresabschlussprüfung nach § 316 ff. HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Buchführung und der Jahresabschluss frei von wesentlichen Mängeln sind. Im Rahmen der Prüfung werden Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Ich bin der Auffassung, dass meine Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für mein Prüfungsurteil bildet.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehörte nur insoweit zu den Aufgaben meiner Abschlussprüfung, als sich aus diesen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss ergeben. Die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z.B. Unterschlagungen, sowie die Feststellung außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten waren nicht Gegenstand meiner Abschlussprüfung.

Die nachfolgende Darstellung und Beschreibung von Prüfungsumfang und Prüfungsvorgehen ist so

angelegt, dass es dem Aufsichtsgremium möglich ist, daraus Konsequenzen für die eigene Überwachungsaufgabe zu ziehen.

Meine Prüfung hat sich gemäß § 317 Abs. 4a HGB nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

Im Rahmen meines risikoorientierten Prüfungsvorgehens erarbeitete ich zunächst eine Prüfungsstrategie. Diese beruhte auf einer Einschätzung des Unternehmensumfeldes und auf Auskünften der Geschäftsleitung über die wesentlichen Unternehmensziele und Geschäftsrisiken.

Meine Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten System- und Funktionstests, analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelfallprüfungen.

Alle von mir erbetenen, nach pflichtgemäßen Ermessen zur ordnungsmäßigen Durchführung der Prüfung von den gesetzlichen Vertretern benötigten Aufklärungen und Nachweise wurden erbracht. Der Vorstand hat mir die Vollständigkeit der Buchführung und des Jahresabschlusses in einer von mir eingeholten Vollständigkeitserklärung am 22. Juni 2018 schriftlich bestätigt.

4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Aufzeichnungen der Geschäftsvorfälle der Gesellschaft sind nach meinen Feststellungen vollständig, fortlaufend und zeitgerecht. Der Kontenplan ermöglicht eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes mit einer für die Belange der Gesellschaft ausreichenden Gliederungstiefe. Soweit im Rahmen meiner Prüfung Buchungsbelege eingesehen wurden, enthalten diese alle zur ordnungsgemäßen Dokumentation erforderlichen Angaben. Die Belegablage ist numerisch geordnet, so dass der Zugriff auf die Belege unmittelbar anhand der Angaben in den Konten möglich ist. Die Buchführung entspricht somit für das gesamte Geschäftsjahr den gesetzlichen Anforderungen.

Die Organisation der Buchführung, das interne Kontrollsystem, der Datenfluss und das Belegwesen ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle.

Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen führen nach dem Ergebnis meiner Prüfung zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in der Buchführung und im nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss.

4.1.2 Jahresabschluss

In dem mir zur Prüfung vorgelegten, nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 wurden alle für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und aller größenabhängigen, rechtsformgebundenen oder wirtschaftszweigspezifischen Regelungen beachtet.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Bürger AG Frankfurt für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 sind nach meinen Feststellungen ordnungsmäßig aus der Buchführung und aus den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die einschlägigen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften wurden dabei ebenso beachtet wie der Stetigkeitsgrundsatz des § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB.

Zur Ordnungsmäßigkeit der im Anhang gemachten Angaben, über die von mir nicht an anderer Stelle berichtet wird, stelle ich fest, dass die Berichterstattung im Anhang durch die gesetzlichen Vertreter vollständig und im gesetzlich vorgeschriebenen Umfang ausgeführt wurde.

4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Über das Ergebnis meiner Beurteilung, ob und inwieweit die durch den Jahresabschluss vermittelte Gesamtaussage den Anforderungen des § 264 Abs. 2 Satz 1 HGB entspricht, berichte ich nachstehend.

Da sich keine Besonderheiten ergeben haben, stelle ich fest, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Es ist nicht Gegenstand meiner Feststellungen zur „Gesamtaussage des Jahresabschlusses“, die Vermögens-, Finanz und Ertragslage des Unternehmens darzustellen.

4.2.2 Wesentliche Bewertungsgrundlagen

Die Bewertungsgrundlagen i.S.d. § 321 Abs. 2 Satz 4 erster Satzteil HGB umfassen die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie die für die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden maßgeblichen Faktoren (Parameter, Annahmen und die Ausübung von Ermessensspielräumen).

Wertbestimmende Faktoren ergeben durch Verknüpfung mit den am Abschlussstichtag vorhandenen Bestandsgrößen von Vermögensgegenständen und Schulden die im Jahresabschluss angesetzten Buchwerte.

Parameter sind in der Regel durch Marktpreise oder allgemein akzeptierte Standardwerte objektivierte Faktoren, während Annahmen über künftige Entwicklungen subjektive Faktoren der Wertbestimmung sind, deren Festlegung unter Berücksichtigung der Rechnungslegungsgrundsätze im Ermessen der gesetzlichen Vertreter liegt.

Ermessensspielräume beruhen auf unsicheren Erwartungen bei der Bestimmung von Schätzgrößen und den diesen zu Grunde gelegten Annahmen. Daraus resultiert bei vielen Posten eine Bandbreite zulässiger Wertansätze.

Im Rahmen der Erläuterung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ist insbesondere die Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten von Bedeutung, weil mit derartigen Entscheidungen der gesetzlichen Vertreter eine Einflussnahme auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses ermöglicht wird.

Der Jahresabschluss der Bürger AG Frankfurt zum 31. Dezember 2017 ist auf der Grundlage folgender wesentlicher Bewertungsgrundlagen aufgestellt worden, die nachstehend erläutert werden.

Die Bewertung der Aktiva erfolgt einzeln zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung der Risiken, die bis zum Abschlußstichtag entstanden sind. Die Bewertung der Passiva erfolgt einzeln zum Rückzahlungsbetrag bzw. zur erwarteten Belastung.

Wesentliche Bewertungsgrundlagen sind solche, die einzeln oder im Zusammenwirken mit anderen Bewertungsgrundlagen für die Information der Berichtsadressaten von Bedeutung sind, weil sie die Gesamtaussage des Jahresabschlusses wesentlich beeinflussen.

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit der Bilanzierungs- und Bewertungsentscheidungen der gesetzlichen Vertreter obliegt nicht mir als Abschlussprüfer. Sie sind als geschäftspolitische Entscheidungen von den Adressaten des Berichts zu beurteilen.

4.2.3 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Berichtspflichtige Tatsachen aus sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses lagen nach dem Ergebnis meiner Prüfungshandlungen im Prüfungszeitraum nicht vor.

4.2.4 Aufgliederungen und Erläuterungen

§ 321 Abs. 2 Satz 5 HGB schreibt eine Aufgliederung von Abschlussposten vor, soweit dies zum Verständnis der Gesamtaussage des Jahresabschlusses, insbesondere zur Erläuterung der Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen sowie der sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen nach § 321 Abs. 2 Satz 4 HGB, erforderlich ist und die Angaben nicht im Anhang enthalten sind.

Soweit zum Verständnis der Gesamtaussage bestimmte Posten des Jahresabschlusses von mir nachstehend aufgegliedert werden, erläutere ich dabei auch, welchen Einfluss die geänderte Ausübung eines Wahlrechts oder die Durchführung einer Sachverhaltsgestaltung auf den Ansatz, die Bewertung oder die Zusammensetzung einzelner Abschlussposten hat.

4.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

4.3.1 Vermögenslage und Kapitalstruktur

Vermögenslage und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen in TEuro für die beiden Abschlussstichtage 31. Dezember 2017 und 31. Dezember 2016.

<u>AKTIVA</u>	Bilanz zum 31.12.2017		Bilanz zum 31.12.2016		Veränderung 2017 zu Vorjahr	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Finanzanlagen	420	85,7	305	69,3	115	37,7
Forderungen	2	0,4	0	0,0	2	-,
Sonstige Vermögensgegenstände	3	0,6	5	1,1	-2	-40,0
Flüssige Mittel/Wertpapiere	65	13,3	129	29,3	-64	-49,6
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0	1	0,2	-1	-100,0
Summe Aktiva	<u>490</u>	<u>100,0</u>	<u>440</u>	<u>100,0</u>	<u>50</u>	<u>11,4</u>
<u>PASSIVA</u>	Bilanz zum 31.12.2017		Bilanz zum 31.12.2016		Veränderung 2017 zu Vorjahr	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Eigenkapital	478	97,6	433	98,4	45	10,4
Rückstellungen	12	2,4	7	1,6	5	71,4
Summe Passiva	<u>490</u>	<u>100,0</u>	<u>440</u>	<u>100,0</u>	<u>50</u>	<u>11,4</u>

Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen hat sich von 69,5 % in 2016 auf 85,6 % in 2017 erhöht.

Die Finanzanlagen haben sich im Vergleich dazu gegenüber dem Vorjahr auf Grund neuen Engagements um TEuro 114,34 erhöht.

Diese wurden finanziert aus einer Kapitalerhöhung und aus den flüssigen Mitteln.

Dementsprechend hat sich das mittel- und kurzfristige Vermögen um TEuro 63,6 bzw. 47,5 % auf nunmehr TEuro 70,4 vermindert.

4.3.2 Finanzlage

Einen Überblick über die Herkunft und über die Verwendung der finanziellen Mittel des geprüften Unternehmens gibt die nachstehende Kapitalflussrechnung, welche die Zahlungsmittelflüsse nach der indirekten Methode darstellt und den Grundsätzen des vom Deutschen Standardisierungsrat DSR erarbeiteten Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 21 (DRS 21) entspricht.

	<u>2017</u>	<u>2016</u>
	TEuro	TEuro
Kapitalflussrechnung (indirekte Methode)		
Periodenergebnis (vor außerordentlichen Posten)	-15	-15
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	5	2
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, Forderungen und aRAP	1	-1
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten und pRAP	0	-3
<u>Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</u>	-9	-17
Auszahlungen (-) für Investitionen in Finanzanlagen	<u>-114</u>	<u>0</u>
<u>Cashflow aus der Investitionstätigkeit</u>	-114	0
Einzahlungen (+) in das Kapital	59	0
<u>Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</u>	59	0
Zahlungswirksame Veränderungen	-64	-17
Finanzmittelfond am Anfang der Periode	<u>129</u>	<u>31</u>
<u>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</u>	65	129

4.3.3 Ertragslage

Die Ertragslage hat sich in den vergangenen fünf Geschäftsjahren wie folgt entwickelt:

	2013		2014		2015		2016		2017		Veränderung 2017 zu Vorjahr	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	2	100,0	0	-,-	5	100,0	11	100,0	15	100,0	4	36,4
Gesamtleistung	<u>2</u>	<u>100,0</u>	<u>0</u>	<u>-,-</u>	<u>5</u>	<u>100,0</u>	<u>11</u>	<u>100,0</u>	<u>15</u>	<u>100,0</u>	<u>4</u>	<u>36,4</u>
Materialaufwand	0	0,0	0	-,-	0	0,0	6	54,5	10	66,7	4	66,7
Rohergebnis	<u>2</u>	<u>100,0</u>	<u>0</u>	<u>-,-</u>	<u>5</u>	<u>100,0</u>	<u>5</u>	<u>45,5</u>	<u>5</u>	<u>33,3</u>	<u>0</u>	<u>0,0</u>
sonstige betriebliche Erträge	<u>1</u>	<u>50,0</u>	<u>0</u>	<u>-,-</u>	<u>0</u>	<u>0,0</u>	<u>0</u>	<u>0,0</u>	<u>1</u>	<u>6,7</u>	<u>1</u>	<u>-,-</u>
Personalaufwand	43	2.150,0	4	-,-	19	380,0	6	54,5	0	0,0	-6	-100,0
sonstiger betrieblicher Aufwand	54	2.700,0	20	-,-	9	180,0	14	127,3	21	140,0	7	50,0
Summe Aufwand	<u>97</u>	<u>4.850,0</u>	<u>24</u>	<u>-,-</u>	<u>28</u>	<u>560,0</u>	<u>20</u>	<u>181,8</u>	<u>21</u>	<u>140,0</u>	<u>1</u>	<u>5,0</u>
Betriebsergebnis	<u>-94</u>	<u>-4.700,0</u>	<u>-24</u>	<u>-,-</u>	<u>-23</u>	<u>-460,0</u>	<u>-15</u>	<u>-136,4</u>	<u>-15</u>	<u>-100,0</u>	<u>0</u>	<u>0,0</u>
Jahresergebnis	<u>-94</u>	<u>-4.700,0</u>	<u>-24</u>	<u>-,-</u>	<u>-23</u>	<u>-460,0</u>	<u>-15</u>	<u>-136,4</u>	<u>-15</u>	<u>-100,0</u>	<u>0</u>	<u>0,0</u>

Eigenkapitalspiegel für 2011 bis 2017

	Gezeichnetes Kapital Euro	Kapital- rücklage	Jahres- ergebnis Euro	Ergebnis- vortrag Euro	Eigenkapital Euro
12. Oktober 2011	100.000				100.000
Jahresergebnis 2011			-12.566		-12.566
31. Dezember 2011	100.000			-12.566	87.434
1. Januar 2012	100.000			-12.566	87.434
Jahresergebnis 2012			-61.045		-61.045
31. Dezember 2012	100.000			-73.611	26.389
1. Januar 2013	100.000			-73.611	26.389
Kapitalerhöhung	87.000				87.000
Jahresergebnis 2013			-94.453		-94.453
31. Dezember 2013	187.000			-168.064	18.936
1. Januar 2014	187.000			-168.064	18.936
Kapitalerhöhung	300.000				300.000
Zugang Kapitalrücklage		60.000			60.000
Jahresergebnis 2014			-24.475		-24.475
31. Dezember 2014	487.000	60.000		-192.539	354.461
1. Januar 2015	487.000	60.000		-192.539	354.461
Jahresergebnis 2015			-22.765		-22.765
31. Dezember 2015	487.000	60.000		-215.304	331.696
1. Januar 2016	487.000	60.000		-215.304	331.696
Kapitalerhöhung	105.000				105.000
Zugang Kapitalrücklage		11.000			11.000
Jahresergebnis 2016			-14.666		-14.666
31. Dezember 2016	592.000	71.000		-229.970	433.030
1. Januar 2017	592.000	71.000			433.030
Jahresergebnis 2017			-14.553		-14.553
Entnahme Kapitalrücklage		-71.000			
31. Dezember 2017	592.000	0		-173.503	418.497

5. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrages

Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrages liegen nicht vor.

6. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

Nach dem Ergebnis meiner Prüfung habe ich am 25. Juni 2018 dem als Anlagen 1 bis 3 beigefügten Jahresabschluss der Bürger AG Frankfurt, Frankfurt am Main, zum 31. Dezember 2017 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der von mir an dieser Stelle wiedergegeben wird:

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An die Bürger AG für regionales und nachhaltiges Wirtschaften

Ich habe den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung der Bürger AG für regionales und nachhaltiges Wirtschaften für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Meine Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von mir durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Ich habe meine Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Ich bin der Auffassung, dass meine Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für meine Beurteilung bildet.

Meine Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

Vorstehenden Prüfungsbericht der Bürger AG für regionales und nachhaltiges Wirtschaften erstatte ich in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Die Verwendung des vorstehend wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts setzt meine vorherige Zustimmung voraus.

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) erfordert meine erneute Stellungnahme, soweit dabei mein Bestätigungsvermerk zitiert oder auf meine Prüfung hingewiesen wird. Ich weise diesbezüglich auf § 328 HGB hin.

Stuttgart, 25. Juni 2018

Siebeck & Tietgen Partnerschaft mbB
Wirtschaftsprüfer Steuerberater

Detlef Siebeck
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater

BILANZ

Bürger AG für regionales und nachhaltiges Wirtschaften
Frankfurt am Main
zum
31. Dezember 2017

AKTIVA

PASSIVA

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro		Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Sachanlagen			I. Grundkapital	592.000,00	592.000,00
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	79,00	272,00	II. Kapitalrücklage	0,00	71.000,00
II. Finanzanlagen			III. Bilanzverlust	173.502,71-	229.969,69-
1. Beteiligungen	419.338,23	305.000,00	- davon Verlustvortrag Euro -229.969,69 (Euro -215.303,50)		
2. Genossenschaftsanteile	300,00	300,00	B. zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlagen	59.400,00	0,00
	<u>419.638,23</u>	<u>305.300,00</u>	C. Rückstellungen		
B. Umlaufvermögen			1. sonstige Rückstellungen	11.860,05	6.460,05
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			D. Verbindlichkeiten		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.855,00	0,00	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	50,00	61,15
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>3.562,00</u>	<u>4.589,16</u>	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 50,00 (Euro 61,15)		
	5.417,00	4.589,16	2. sonstige Verbindlichkeiten	<u>296,17</u>	<u>0,00</u>
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	64.969,28	129.390,35	- davon aus Steuern Euro 296,17 (Euro 0,00)	<u>346,17</u>	<u>61,15</u>
			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 296,17 (Euro 0,00)		
	<u>490.103,51</u>	<u>439.551,51</u>		<u>490.103,51</u>	<u>439.551,51</u>
	<u><u>490.103,51</u></u>	<u><u>439.551,51</u></u>		<u><u>490.103,51</u></u>	<u><u>439.551,51</u></u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2017 bis 31.12.2017

Bürger AG für regionales und nachhaltiges Wirtschaften
Frankfurt am Main

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	<u>14.708,33</u>	<u>10.940,90</u>
- davon Erträge aus Beteiligungen Euro 12.149,50 (Euro 10.740,90)		
2. Gesamtleistung	14.708,33	10.940,90
3. sonstige betriebliche Erträge		
sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Ge- schäftstätigkeit	600,00	0,00
4. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	9.338,18	5.900,00
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	0,00	5.040,00
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>48,26</u>	<u>637,06</u>
	48,26	5.677,06
6. Abschreibungen		
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	193,00	193,00
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen		
aa) Raumkosten	1.000,00	0,00
ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	1.247,95	1.620,40
ac) Reparaturen und Instandhaltungen	0,00	1.080,00
ad) Werbe- und Reisekosten	1.470,19	1.870,27
ae) verschiedene betriebliche Kosten	<u>16.543,77</u>	<u>9.330,59</u>
	20.261,91	13.901,26
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	13,23
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<u>0,00</u>	<u>51,00</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>14.533,02-</u>	<u>14.666,19-</u>
Übertrag	14.533,02-	14.666,19-

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2017 bis 31.12.2017

Bürger AG für regionales und nachhaltiges Wirtschaften
Frankfurt am Main

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
Übertrag	14.533,02-	14.666,19-
11. Jahresfehlbetrag	14.533,02	14.666,19
12. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	229.969,69	215.303,50
13. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	71.000,00	0,00
	<hr/>	<hr/>
14. Bilanzverlust	173.502,71	229.969,69
	<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>

Bürger AG für regionales und nachhaltiges Wirtschaften
Frankfurt am Main

Anhang zum 31. Dezember 2017

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Angaben zur Identifikation der Gesellschaft laut Registergericht

Firmenname laut Registergericht:

Bürger AG für nachhaltiges Wirtschaften FrankfurtRheinMain

Firmensitz laut Registergericht:

Frankfurt am Main

Registereintrag:

Handelsregister

Registergericht:

Frankfurt am Main

Register-Nr.:

HRB 92674

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Die Finanzanlagen wurden wie folgt angesetzt und bewertet:

- Beteiligungen zu Anschaffungskosten

Soweit erforderlich, wurde der am Bilanzstichtag vorliegende niedrigere Wert angesetzt.

Forderungen und Wertpapiere wurden unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet.

Die sonstigen Rückstellungen wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Angaben zur Bilanz

Zum 31.12.2017 waren keine eigenen Aktien im Bestand.

Bürger AG für regionales und nachhaltiges Wirtschaften
Frankfurt am Main

Anhang zum 31. Dezember 2017

Entwicklung der Kapitalrücklagen

Das aus früheren Kapitalerhöhungen erzielte Agio von 71.000 Euro wurde aus der Kapitalrücklage entnommen.

Gewinn-/Verlustvortrag bei teilweiser Ergebnisverwendung

Bei Aufstellung der Bilanz unter Berücksichtigung der teilweisen Ergebnisverwendung wurde im Bilanzverlust ein Verlustvortrag von Euro 215.304 einbezogen.

Sonstige Angaben

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmer

Die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres im Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer betrug 0.

Unterschrift der Geschäftsführung

Frankfurt am Main, 22. Juni 2018

Der Vorstand

ANLAGENSPIEGEL

Bürger AG für regionales und nachhaltiges Wirtschaften
Frankfurt am Main

	Anschaffungs-, Herstellungs- kosten 01.01.2017	Zugänge	Anschaffungs-, Herstellungs- kosten 31.12.2017	kumulierte Abschreibungen 01.01.2017	Abschreibungen Geschäftsjahr + sonstige Zugänge	kumulierte Abschreibungen 31.12.2017	Buchwert 31.12.2017
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
A. Anlagevermögen							
I. Sachanlagen							
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	854,62	0,00	854,62	582,62	193,00	775,62	79,00
Summe Sachanlagen	854,62	0,00	854,62	582,62	193,00	775,62	79,00
II. Finanzanlagen							
1. Beteiligungen	305.000,00	114.338,23	419.338,23	0,00	0,00	0,00	419.338,23
2. Genossenschaftsanteile	300,00	0,00	300,00	0,00	0,00	0,00	300,00
Summe Finanzanlagen	305.300,00	114.338,23	419.638,23	0,00	0,00	0,00	419.638,23
Summe Anlagevermögen	306.154,62	114.338,23	420.492,85	582,62	193,00	775,62	419.717,23

Rechtliche Verhältnisse

Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse

Firma:	Bürger AG für regionales und nachhaltiges Wirtschaften
Sitz:	Frankfurt am Main
Rechtsform:	AG
Satzung:	12. Oktober 2011
Anschrift:	Holzhausenstrasse 22 60322 Frankfurt am Main
Registereintrag:	Handelsregister
Registergericht:	Frankfurt am Main
Register-Nr.:	HRB 92674
Dauer der Gesellschaft:	unbeschränkt
Gegenstand des Unternehmens:	Gründung Förderung Beteiligung von an Unternehmen
Geschäftsjahr:	1. Januar bis 31. Dezember
Gezeichnetes Kapital:	Euro 592.000,00
Vorstand:	Herr Jörg Weber, Niddatal Herr Bernd von Lochow, Frankfurt
Aufsichtsrat:	Frau Ursula auf der Heide Herr Prof. Horst Franke Herr Dr. Christian Thimann

Hauptversammlung

In der Hauptversammlung vom 30. Juni 2017 wurde der von mir geprüfte und unter dem Datum vom 19. April 2017 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 gebilligt und damit festgestellt.

Die vom Vorstand vorgeschlagene Ergebnisverwendung wurde von der Hauptversammlung 30. Juni 2017 beschlossen.

Dem Vorstand wurde für das vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 laufende Geschäftsjahr Entlastung erteilt.

Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2017 wurde ich gewählt.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 wurde gemäß § 326 HGB hinterlegt.

Platzhalter für Auftragsbedingungen